

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: Artikel III-85 a

Déposée par Monsieur:

Joachim Wuermeling

Qualité: suppléant

<i>Texte du Praesidium</i>	<i>Amendement proposé</i>
(1) Um zu gewährleisten, dass die Wirtschafts- und Währungsunion reibungslos funktioniert, können im Einklang mit den einschlägigen Verfassungsbestimmungen für die dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten zusätzliche Sondermaßnahmen angenommen werden, um die Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik und die Haushaltsdisziplin zu verstärken. Diese Maßnahmen erstrecken sich auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und ihre Überwachung [Artikel III-68 Absätze 2 und 4] sowie die übermäßigen Defizite [Artikel III-73 Absätze 6, 7, 8 und 11].	(1) Um zu gewährleisten, dass die Wirtschafts- und Währungsunion reibungslos funktioniert, können im Einklang mit den einschlägigen Verfassungsbestimmungen für die dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten zusätzliche Sondermaßnahmen angenommen werden, um die Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik und die Haushaltsdisziplin zu verstärken. Diese Maßnahmen erstrecken sich auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und ihre Überwachung [Artikel III-68 Absätze 2 und 4] sowie die übermäßigen Defizite [Artikel III-73 Absätze 6, 7, 8 und 11].
(2) Bei den in Absatz 1 genannten Maßnahmen sind nur die dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten stimmberechtigt. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der Vertreter der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens drei Fünftel der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert. Ist für einen Rechtsakt Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.	(2) Bei den in Absatz 1 genannten Maßnahmen sind nur die dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten stimmberechtigt. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der Vertreter der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens drei Fünftel der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert. Ist für einen Rechtsakt Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

Begründung:

Für die Mitglieder der WWU würde mit Abs. 3 eine Generalklausel zur intensiven Steuerung der Wirtschaftspolitik geschaffen, wobei der Begriff „Wirtschaftspolitik“ letztlich auch die Arbeitsmarkt-, Steuer- oder Sozialpolitik umfasst.

Dies ist ordnungspolitisch ein verfehltter Ansatz. Gerade in Zeiten erhöhten Wettbewerbsdrucks müssen die Mitgliedstaaten mit gemeinsamer Währung ihre wirtschaftspolitische Flexibilität erhalten, weil ihnen der Außenwert ihrer Währung vorgegeben ist.